



Landtag von Baden-Württemberg

3. Sitzung

10. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 8. Juni 1988 · Haus des Landtags

Beginn: 12.02 Uhr

Schluß: 13.03 Uhr

INHALT

1. Bekanntgabe der Ministerliste	35	Minister Schlee	45
Ministerpräsident Späth	35	Minister Mayer-Vorfelder	45
2. Bestätigung der Landesregierung	36	Minister Dr. Engler	45
Abg. Reinelt SPD	36	Minister Dr. Eyrich	45
Ministerpräsident Späth	37	Minister Dr. Palm	45
Abg. Dr. Spöri SPD	40	Minister Herzog	45
Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	41	Minister Barbara Schäfer	45
Abg. Dr. Schwandner GRÜNE	42	Minister Dr. Vetter	45
Abg. von Trotha CDU	43	Staatssekretär Ruder	45
Beschluß	45	Staatssekretär Wabro	45
		Staatssekretär Baumhauer	45
		Staatsrat Gönnerwein	45
3. Vereidigung der Mitglieder der Landesregierung	45		
Minister Weiser	45	Nächste Sitzungen	46

Protokoll

über die 3. Sitzung vom 8. Juni 1988

Beginn: 12.02 Uhr

Präsident Erich Schneider: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 3. Sitzung des 10. Landtags von Baden-Württemberg.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Bekanntgabe der Ministerliste

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Späth: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem mich das Hohe Haus zum Ministerpräsidenten gewählt hat, gebe ich die aufgrund von Artikel 46 Abs. 2 der Landesverfassung von mir gebildete Landesregierung bekannt.

Ich habe berufen:

Herrn Dr. h. c. Gerhard Weiser, MdL, zum Minister für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – ihn bestelle ich zugleich zu meinem Stellvertreter –

Herrn Dietmar Schlee, MdL, zum Innenminister

Herrn Gerhard Mayer-Vorfelder, MdL, zum Minister für Kultus und Sport

Herrn Universitätsprofessor Dr. Helmut Engler zum Minister für Wissenschaft und Kunst

Herrn Dr. Heinz Eyrich, MdL, zum Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

Herrn Dr. Guntram Palm, MdL, zum Finanzminister

Herrn Martin Herzog, MdL, zum Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Frau Barbara Schäfer, MdL, zur Ministerin für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung

Herrn Dr. Erwin Vetter zum Minister für Umwelt

Herrn Robert Ruder, MdL, zum Staatssekretär im Innenministerium mit Stimmrecht in der Regierung

Herrn Gustav Wabro zum Staatssekretär im Ministerium für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten mit Stimmrecht in der Regierung

Herrn Werner Baumhauer, MdL, zum Staatssekretär im Ministerium für Umwelt mit Stimmrecht in der Regierung

Herrn Generalintendanten Professor Wolfgang Gönnewein zum ehrenamtlichen Staatsrat für Kunst mit Stimmrecht in der Regierung

Ich bitte den Landtag, die Regierung gemäß Artikel 46 Abs. 3 der Landesverfassung zu bestätigen und den Herren Staatssekretären Ruder, Wabro und Baumhauer sowie Herrn Staatsrat Gönnewein nach Artikel 45 Abs. 2 Satz 4 der Landesverfassung Stimmrecht in der Regierung zu verleihen.

Wie Ihnen bekannt ist, plant die Landesregierung, die Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien und deren Bezeichnung teilweise zu ändern. Da die Änderung der Geschäftsbereiche gemäß Artikel 45 Abs. 3 der Landesverfassung der Zustimmung des Landtags bedarf, gelten die bisherigen Regelungen bis zum Inkrafttreten der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche weiter.

Ferner gebe ich dem Hohen Hause bekannt, daß ich im Einvernehmen mit den zuständigen Ministern folgende Damen und Herren zu politischen Staatssekretären ernennen werde:

Herrn Gundolf Fleischer zum politischen Staatssekretär für Europaangelegenheiten im Staatsministerium

Herrn Alfons Maurer zum politischen Staatssekretär im Innenministerium

Herrn Norbert Schneider zum politischen Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft und Kunst

Frau Dr. Marianne Schultz-Hector zur politischen Staatssekretärin im Ministerium für Kultus und Sport

Herrn Dr. Eugen Volz zum politischen Staatssekretär im Ministerium für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

Herrn Heinz Heckmann zum politischen Staatssekretär im Finanzministerium

Herrn Hermann Schaufler zum politischen Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

(Ministerpräsident Späth)

Herrn Ventur Schöttle zum politischen Staatssekretär im Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Herrn Hermann Mühlbeyer zum politischen Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung.

Präsident Erich Schneider: Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten und rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Bestätigung der Landesregierung

Nach Artikel 46 Abs. 3 der Landesverfassung bedarf die Regierung zur Amtsübernahme der Bestätigung durch den Landtag. Der Beschluß muß mit mehr als der Hälfte der abgegebenen Stimmen gefaßt werden.

Der Herr Ministerpräsident hat soeben den Antrag auf Bestätigung der Regierung gestellt und gebeten, den Herren Staatssekretären Ruder, Wabro und Baumhauer sowie Herrn Staatsrat Gönnenwein nach Artikel 45 Abs. 2 Satz 4 der Landesverfassung Stimmrecht in der Regierung zu verleihen.

Die Fraktionen sind im Präsidium übereingekommen, an dieser Stelle eine kurze Aussprache mit einer Redezeit von 5 Minuten je Fraktion zu führen.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Reinelt.

Abg. Reinelt SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Weshalb meine Fraktion zu diesem Punkt eine Redezeit beantragt hat, liegt in der Berufung des Herrn Gönnenwein zum Staatsrat begründet. Gegen diese Berufung erhebt die SPD-Fraktion schwerwiegende Bedenken. Ich führe dazu folgendes aus.

Erstens: Jeder, auch jeder Künstler, kann Ministerpräsident, Minister, Staatssekretär oder auch Staatsrat werden. Leider wurde im Fall Gönnenwein übersehen, daß dieser Künstler in Personalunion als Generalintendant die Leitung eines großen Staatsunternehmens im Bereich der Kunst, der Württembergischen Staatstheater, und als Staatsrat die Funktion eines Regierungsmitglieds wahrnehmen würde.

Bereits diese Ämterhäufung ist nach unserer Auffassung verfassungsrechtlich mehr als bedenklich. Im Falle Gönnenwein werden diese Rechtsbedenken dadurch noch verschärft, daß sich Herrn Gönnenweins Regierungsverantwortung speziell auf den Bereich der Kunst erstreckt, in dem er unterhalb der Regierungsebene mit der Verwaltung eines Etats von vielen Millionen DM eine leitende Funktion wahrnimmt. Um ein solch verfassungspolitisches Unikum zu erfinden und daran festzuhalten, bedurfte es schon einer bemerkenswerten verfassungsrechtlichen Unbedarftigkeit, ja Naivität.

Zweitens: Nach unserer Auffassung läßt die Verfassung nicht zu, daß ein Staatsrat einen Verwaltungsapparat erhält, der einen erheblichen Kostenaufwand verursacht und im Ergebnis dem Apparat eines Rumpfministeriums ent-

spricht. Wie jeder anständige Minister erhält auch Staatsrat Gönnenwein

(Abg. Haasis CDU: Es gibt nur anständige Minister!)

einen Ministerialdirektor, dem keine Attribute dieser Stellung fehlen werden. Sie dürfen natürlich fragen, wer dieser Ministerialdirektor wird. Es wird natürlich Dr. Dr. Hannes Rettich sein.

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

Meine Damen und Herren! Schauen Sie sich einmal an, was es da an Kabinettsvorlagen gibt. Hier entsteht regelrecht ein Parallelministerium; denn das Parallelministerium nimmt die gleichen Kompetenzen wahr, die bereits in der Zuständigkeit anderer Ressortminister liegen und auch weiterhin bleiben sollen. Dies ist mit dem Wortlaut und dem Geist der Verfassung unvereinbar.

Drittens: Schließlich, meine Damen und Herren, verletzt das gewählte Staatsratsmodell den Haushaltsgrundsatz der Wirtschaftlichkeit, der besagt, daß die staatlichen Ziele mit dem geringstmöglichen Aufwand zu erreichen sind. Gegen diesen Grundsatz wird verstoßen, indem ohne klare Ressortabgrenzung ein erheblicher zusätzlicher Personal- und Sachaufwand betrieben wird, der durch die Erfordernisse des Kulturbetriebs nicht zu rechtfertigen ist. Der einzige Unterschied: Die Aufgabenwahrnehmung unterlag bisher der Verantwortung des Wissenschaftsministers Engler.

Damit, meine Damen und Herren, komme ich zur politischen Wertung. Wurde der Einfluß des Ministers für Wissenschaft und Kunst auf den Kunstbereich bisher als störend empfunden? Das ist die Frage. Die jüngste Äußerung eines Kabinettsmitglieds, nämlich des Kultusministers Mayer-Vorfelder, deutet darauf hin. Ich zitiere: „Wenn der Minister“, so sagte er, „etwas taugt, braucht man keinen Koordinator.“ Ich ergänze dieses Zitat: Dann braucht man auch keinen Staatsrat. Muß man künftig in der Landesregierung zwei Arten von Ministern unterscheiden, nämlich diejenigen, denen ein Staatsrat zugeordnet ist und die damit offenbar „nichts taugen“, und die anderen Minister, die – Gott sei es gedankt – nach der maßgeblichen Beurteilung des Ministerpräsidenten und des Kultusministers noch etwas taugen? Meine Damen und Herren, wenn dies das Prinzip einer Regierungsbildung wäre – malen Sie sich das einmal aus –: Wie viele zusätzliche Staatsräte müßte dann eigentlich die Opposition fordern?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Aber jetzt noch etwas zu dem ganzen Vorgang, der mich mehr als

(Abg. Dr. Schwandner GRÜNE: Betroffen!)

– vielen Dank – betroffen gemacht hat.

(Heiterkeit – Abg. Teufel CDU: Das ist der zugeordnete Staatsrat!)

(Reinelt)

Meine Damen und Herren, wie muß es eigentlich um die Zivilcourage jenes Ministers bestellt sein, der in seiner Ressortzuständigkeit ein derartiges Parallelministerium nicht nur hinnimmt, sondern im Theaterbeirat der Württembergischen Staatstheater sogar gegen seine eigene Meinung dafür stimmt, daß der Generalintendant gleichzeitig auch Staatsrat für den Bereich der Kunst wird? Stellt es nicht ein erschreckendes Psychogramm der Landesregierung dar, wenn ein Ressortminister nicht einmal mehr wagt, seine eigene Meinung zu vertreten, wenn sie sich von der des Ministerpräsidenten unterscheidet, auch auf die Gefahr hin, daß der Ministerpräsident vielleicht seine Kabinettsliste noch ändert? Ist es wirklich Zufall, daß dieser zitierte Vergleich des Regierungssprechers Zach, nämlich ein Vergleich zwischen Goethe und Gönnerwein, direkt in die Zeit des aufgeklärten Absolutismus führt?

(Abg. Haasis CDU: Beide beginnen mit G! –
Glocke des Präsidenten)

Präsident Erich Schneider: Herr Abg. Reinelt, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abg. Reinelt SPD: Herr Präsident, ich komme zum Schluß.

Präsident Erich Schneider: Ich bitte Sie darum.

Abg. Reinelt SPD: Wer wird denn künftig den Ton im High-Kult-Betrieb angeben: der Kunstminister, der Kunststaatsrat oder der Kunstkoordinator? Ich glaube, Staatssekretär Schneider vom Wissenschaftsministerium oder der Minister selbst war es, der versuchte, die Frage zu beantworten. Er wies darauf hin, tonangebend sei das Ministerium für Wissenschaft und Kunst, denn dieses verteile ja die Haushaltsmittel. Wer aber, meine Damen und Herren, gewährleistet, daß nicht vielleicht der Wissenschaftsminister zwecks Freigabe der Haushaltsmittel beim Staatsrat Gönnerwein oder seinem Ministerialdirektor Rettich in Zukunft antichambrieren muß? Wer führt die eigentlichen Chefgespräche über die Haushaltsansätze im Bereich der Kunst: der Ministerpräsident mit dem Minister für Wissenschaft und Kunst oder der Ministerpräsident mit dem künftigen Staatsrat für die Kunst?

Ich komme zum Schluß.

(Unruhe)

Man kann es keinem Künstler übelnehmen, wenn er verfassungsrechtlich und verfassungspolitisch unbedarft oder naiv ist. Aber ob dies auch für einen Staatsrat gelten kann? Sicherlich hat Herr Gönnerwein geglaubt, durch die Position des Staatsrats einen wichtigen Außenposten im Kulturbetrieb erobert zu haben, etwa im Sinne der Vorstellung vom staatsmonopolistischen Kapitalismus, kurz Stamokap.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD – Unruhe)

Oder hat nicht vielmehr der Ministerpräsident einen Stützpunkt in der Kunst erobert, als er von Stamokap zu Stamokult oder, besser ausgedrückt, zu Stamikult – – Wie auch immer, meine Damen und Herren, nicht nur die Verfassung – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Erich Schneider: Herr Abg. Reinelt, Sie haben Ihre Redezeit erheblich überschritten. Ich bitte, zum Schluß zu kommen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Ich bitte um Ruhe.

Abg. Reinelt SPD: Vielleicht weist der an den Hof von Weimar und auf den Geheimen Rat von Goethe zurückführende Kommentar des Regierungssprechers eher auf die folgenden Sätze des Herrn von Goethe hin. Ich zitiere:

In jedem Künstler liegt ein Keim von Verwegenheit, ohne den kein Talent denkbar ist. Und dieser wird besonders rege, wenn man den Fähigen einschränken und zu einseitigen Zwecken dingen und brauchen will.

Wahrscheinlich war es somit das eigentliche Ziel des Ministerpräsidenten, jenen Keim von Verwegenheit im Künstler Gönnerwein wieder frei zu machen, ihn abzubringen von der Rolle des Staatstragenden hin zur Rolle des Aggressiven und, um bei Goethe zu bleiben, des Verwegenen.

Meine Damen und Herren, auch wegen dieser vorgetragenen Gründe wird die SPD-Fraktion insgesamt die Ministerliste nicht bestätigen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Erich Schneider: Das Wort erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Späth: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, Herr Reinelt, wer Ihnen das alles aufgeschrieben hat, aber ich hatte ein bißchen den Eindruck: Das war ein verwegener Versuch.

(Zuruf)

– Ich mache nicht jeden Stichwortgeber der Grünen, der der SPD aus der Verlegenheit hilft, zum Staatsrat, um das gleich zu erklären.

(Heiterkeit – Abg. Bütikofer GRÜNE: Obwohl manche davon mehr taugen würden als die, die Sie angestellt haben!)

– Ich will jetzt nicht in Vergleiche eintreten, vor allem nicht mit dem, was hier vorgetragen wurde. Vielmehr will ich zunächst einmal die tatsächliche Situation beleuchten. Ich habe ernsthaft geglaubt, wir diskutierten über die verfassungsrechtlichen Fragestellungen, die sich aus diesem Vorgang ergeben, und über die Frage nach der Inkompatibilität. Das waren ja im Grunde die Fragen, die sich im Hinblick auf die Landesverfassung bei dieser Berufung gestellt haben.

Ich will zunächst einmal zum Ausgangspunkt kommen. Selbstverständlich haben wir die verfassungsrechtliche Frage vor dieser Entscheidung auch rechtsgutachtlich untersuchen lassen, und dazu von der Einrichtung, die wir für diesen Zweck haben, nämlich das Justizministerium des Lan-

(Ministerpräsident Späth)

des. Es steht Ihnen völlig offen, in dieser Frage alle Einrichtungen zu bemühen.

Wer die Verfassung nachliest und einmal gründlich untersucht, warum die Väter der Landesverfassung von Baden-Württemberg den ehrenamtlichen Staatsrat geschaffen haben und den anders beurteilt haben wollen als die hauptamtlichen Mitglieder des Kabinetts, der kann dies bei einem Gang durch die Verfassung sogar sehr präzise feststellen. Wer die Literatur dazu liest, für den wird geradezu offensichtlich, an was die Verfassungsväter bei der Einrichtung des ehrenamtlichen Staatsrats, den es nur in der baden-württembergischen Verfassung gibt, gedacht haben.

Zunächst einmal gibt es keine rechtlichen Ernennungshindernisse und keine Inkompatibilitäten. Ausgangslage: Herr Professor Gönnewein ist beamteter C-4-Professor, derzeit beurlaubt ohne Bezüge. Er ist Generalintendant mit einem Vertrag für die Jahre 1985 bis 1989. Er ist Leiter der Ludwigsburger Festspiele mit privatrechtlichem Vertrag, und er übt weitere Nebentätigkeiten, zum Beispiel als Gastdirigent, aus.

Rechtlich ist der Vorgang wie folgt zu beurteilen: Artikel 53 Abs. 2 Satz 1 der Landesverfassung erfaßt nur die hauptamtlichen Mitglieder der Regierung, und zwar ausdrücklich, wie sich dies aus der Verfassung ergibt. Dazu zählen nicht die ehrenamtlichen Staatsräte. Die Verfassung unterscheidet exakt zwischen diesen beiden Mitgliedern der Regierung.

Die Frage, ob die Tätigkeit von Professor Gönnewein von der Regelung erfaßt würde, erübrigt sich damit. Artikel 53 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung betrifft alle Mitglieder der Regierung. Professor Gönnewein ist aber nicht Leiter eines auf wirtschaftliche Betätigung gerichteten Unternehmens, was übrigens dann wieder zu der Frage führen würde, ob es Ausnahmetatbestände gibt, die der Landtag genehmigen muß. Aber auch diese Frage stellt sich nicht. Nach § 5 Abs. 2 und 3 des Ministergesetzes dürfen Mitglieder der Landesregierung während ihrer Amtsdauer gegen Entgelt weder als Schiedsrichter tätig sein noch private Gutachten abgeben und sollen kein öffentliches Ehrenamt bekleiden. Zum öffentlichen Ehrenamt gehört die Mitwirkung bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Das ist zum Beispiel das Amt eines Gemeinderats. Wir haben die Frage überprüft. Es gibt keine Tätigkeit, die nach dem, was wir an Kommentaren zur Verfassung haben, unter diesen Gesichtspunkt fällt.

Zur verfassungspolitischen Realität: Artikel 45 Abs. 2 Satz 2 der Landesverfassung eröffnet die Möglichkeit, ehrenamtliche Staatsräte ausdrücklich als weitere Mitglieder der Regierung zu ernennen. Das Ziel einer solchen Möglichkeit, wie sie die Verfassung geschaffen hat, heißt, die Regierung durch einen Repräsentanten besonderer Gruppen der Bevölkerung auf eine breitere Basis zu stellen und den besonderen Sachverstand einer Persönlichkeit unmittelbar der Regierung nutzbar zu machen. Und genau dies ist die Zielsetzung dieser Entscheidung.

Die Landesverfassung geht davon aus, daß ein ehrenamtlicher Staatsrat seine volle Arbeitskraft nicht ausschließlich für die Mitarbeit in der Regierung einsetzt. Sie geht davon

aus, daß er kein Vollamt wahrnimmt, sondern es ist geradezu der Sinn, in die Regierung Leute zu berufen, die in einem besonderen Feld und in einem besonderen Bereich kenntnisreich in der Regierungsarbeit mitarbeiten können. Niemand wird ernsthaft bestreiten, daß Professor Gönnewein als einer, der im Kunstbereich bleibt, gerade die Gesichtspunkte der Kunst in die Arbeit der Landesregierung einbringen kann – und das ist der Sinn dieser ehrenamtlichen Staatsratsstätigkeit – und daß ein Interesse daran besteht, daß er in beiden Bereichen aktiv bleibt. Insoweit, Herr Kollege Reinelt, muß ich noch anmerken: Was ich besonders spaßig fand, ist das, daß Sie als Argument angeführt haben, er sei auf beiden Seiten in der Kunst tätig. Ich räume gerne ein, daß der Gedanke, einen Mann der Kunst möglicherweise als Staatsrat für den Umweltschutz zu benennen, dafür einen Umweltschützer für die Kunst zu bestellen, wahrscheinlich eine zwar die Dinge auseinanderhaltende Geschichte wäre, aber dem Sinn der Verfassung bei der Berufung von Staatsräten überhaupt nicht entsprechen würde.

Um das noch einmal klar zu sagen: Die verfassungsrechtliche Frage ist geprüft. Die Einrichtung des ehrenamtlichen Staatsrats ist zwar über viele Jahre nicht mehr benutzt worden, ist aber als Einrichtung von der Verfassung zugelassen. Sie sollten einmal nachlesen, wer alles zugestimmt hat, als dieses in der Verfassungsgebenden Landesversammlung vereinbart wurde. Die Baden-Württemberger waren ganz stolz darauf, daß sie in ihrer Verfassung ein ehrenamtliches Element verankerten.

(Abg. Brigitte Wimmer SPD: Sie konnten sich aber nicht vorstellen, was der Späth daraus macht! – Beifall bei der SPD – Heiterkeit)

– Das haben die sich schon vorstellen können. Sie haben nur nicht gewußt, daß wir eine Opposition bekommen, die im Grunde dieses ehrenamtliche Element so lange verdächtigt und so stark dem Politfunktionär nachhinkt,

(Lachen bei der SPD)

daß sie sich gar nicht vorstellen kann, daß es auch offene Lösungen in der Auseinandersetzung einer freien Gesellschaft gibt.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage auch gleich dazu, daß ich das der SPD überhaupt nicht übelnehme. Mehr erstaunt hat mich, daß die Freien Demokraten die Chance einer solchen Konstruktion nicht positiver sehen.

Ich sage dazu, und damit will ich etwas zum Politischen sagen – ich werde in der Regierungserklärung morgen nochmals darauf zurückkommen –, für heute soviel: Die Grundüberlegung ist, daß ein Land, das der Meinung ist, daß die Frage der Entwicklung der Kunst auf allen Ebenen für die Zukunft unseres Landes substantiell genauso wichtig ist wie beispielsweise die Wirtschaft, die Technologie, die Arbeitsplätze, der Umweltschutz, die Sicherung unserer natürlichen Lebensbedingungen, daß die Regierung eines solchen Landes gut beraten ist, auch einmal das Feld des Kabinetts für ein Mitglied zu öffnen, das nicht so einge-

(Ministerpräsident Späth)

bunden ist in die Disziplin, wie es die hauptamtlichen Mitglieder der Regierung selbstverständlich sind.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Erich Schneider: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Moser?

Ministerpräsident Späth: Nein. Am Schluß meiner Ausführungen gerne, Herr Präsident. Jetzt nicht.

Die Frage, die sich für uns stellt, ist eigentlich dieselbe Frage, die sich beim Umgang mit der Kunst überhaupt stellt. Es gibt überhaupt nur einen Bereich, in dem wir als Politiker die Aufgabe haben, Freiräume zu schaffen und diese Freiräume durch die Kunst selbst autonom ausfüllen zu lassen und in einen Dialog mit der Kunst mit einem offenen Ergebnis einzutreten.

Wenn Sie darüber nachdenken, wie sich eine Regierung diesem Feld nähern soll, dann meine ich, daß es wesentlich besser ist, die Regierung sagt: Wir öffnen auch hier einmal einen ganz neuen Weg und beginnen einen Dialog und geben der Kunst die Möglichkeit, in den Regierungsfragen durch einen Vertreter der Kunst mitzureden, und zwar in einer großen Unabhängigkeit.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das ist ein zentralistisches Mißverständnis!)

– Über das Kunstverständnis dieser Regierung und Ihres können wir ja in den nächsten Wochen kräftig diskutieren. Da haben wir viel Gelegenheit dazu.

Ich sage, daß ich überzeugt bin, daß es der Regierung gut tut, wenn neben dem ganzen Sachverstand, den wir in der Regierung haben, ein Vertreter der Kunst als ehrenamtliches Mitglied des Kabinetts mitdiskutieren kann. Ich sage dazu: Wir gehen hier einen neuen Weg. Und ich sage auch dazu: Ich bin nicht sicher, ob dieser Weg der einzig gangbare ist. Ich sage auch dazu: Für mich ist es möglich, in zwei Jahren beispielsweise zu überprüfen, ob es noch bessere Lösungen gibt, die sich daraus entwickeln können. Aber genauso, wie ich das sage, wundere ich mich, wie eigentlich andere wissen, daß dieser Weg von vornherein falsch ist, daß es aber zum Beispiel völlig richtig wäre, einem Politiker die Frage ausschließlich zu übertragen, und dann wäre ja alles in Ordnung, weil er als Politiker ja automatisch so sachverständig ist, daß er das Spannungsfeld der Kunst und der Politik beherrscht.

Jetzt komme ich zu der Frage der Abgrenzung. Erstens gibt es überhaupt keine Probleme. Die Chefgespräche über den Haushalt beispielsweise, die angesprochen wurden, werden selbstverständlich zwischen dem Chef des Kunstministeriums und dem Regierungschef geführt. In allen Fragen der Kunstförderung und der Kunst überhaupt ist das Ministerium zuständig. Wir erkennen aber, daß eine ganze Reihe von neuen Entwicklungen im Kunstbereich, in der Kunstlandschaft, die Verknüpfung von Laienkunst und von Profikunst, der Ausgleich beispielsweise zwischen der Zentralentwicklung in der Landeshauptstadt und einigen Städten und den Überlegungen im ländlichen Raum, die Chancen einer aktiven Kunstpolitik zu nutzen, einer um-

fassenden konzeptionellen Arbeit bedarf und daß dies eine konzeptionelle Arbeit ist, die außerhalb des Tagesbetriebs geleistet werden muß.

Wenn der Ministerialdirektor und Koordinator, den wir berufen, nun gerade der ist, der bisher die Kunstabteilung geleitet hat, will ich gerne einräumen, daß wir auch da versucht haben, einen besonders Sachverständigen dafür zu finden. Daß im Grunde nur die Inkompetenz im Sachgebiet die Unbefangenheit sichert, davon bin ich persönlich nicht überzeugt. Insoweit räume ich gerne ein, daß wir uns für den Kunstbereich vor allem im Bereich des Kunstsachverständigen umgesehen haben, so wie wir uns im Umweltschutzbereich im Bereich der Kapazitäten des Umweltschutzes umsehen – –

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Na, na!)

– Ich sage ja nicht, daß Sie das nicht bestreiten müssen. Zu was wollen Sie denn Opposition machen?

Das Grundproblem ist doch ganz einfach dieses, daß wir einmal einen Weg versuchen, eine übergreifende Kunstkonzeption für dieses Land zu entwickeln.

(Abg. Christine Muscheler-Frohne GRÜNE: Das entwickeln die Künstler!)

– Die Künstler, die das entwickeln, sind eigentlich dauernd bei uns, und zwar deshalb, weil sie mit uns darüber diskutieren wollen, wie wir ihnen die Infrastruktur und die Räume schaffen, damit sie das wahrnehmen können. Jetzt können Sie die ganz spannende Frage stellen, ob es nicht besser ist, daß ein Sachverständiger aus der Kunstszene mit uns im Kabinett über diese Infrastrukturfragen diskutiert und damit unmittelbar aus der Kunstszene heraus in die Kabinettsberatungen hineinwirkt, als wenn wir das unter uns festlegen und dann mit den Künstlern streiten, ob unsere Ideen besser sind als die ihren. Und in dieser Kunstdiskussion soll eine Konzeption, eine Moderation stattfinden, die auch ressortübergreifend ist. Machen wir uns doch nichts vor, das ist doch der entscheidende Punkt: Die Kunst, die dem Wissenschaftsministerium zugeordnet ist, korrespondiert und muß konzeptionell korrespondieren beispielsweise mit der Laienkunst, die dem Ministerium für Kultus und Sport zugeordnet ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Schwandner GRÜNE)

Das ist zum Beispiel einer der ganz wichtigen Punkte.

Zweitens: Nehmen Sie beispielsweise die Frage, daß wir für Museen im kommunalen Bereich im Rahmen des Städtebauprogramms Voraussetzungen schaffen müssen, daß wir uns beispielsweise im Steuerbereich mit der Frage des Mäzenatentums im Stiftungsrecht der Kunst befassen müssen. Jetzt können Sie mal in aller Ruhe überlegen, ob es nicht ein breites Feld von Anregungen für die Kunstszene Baden-Württembergs gibt, die in Feldern erledigt und eingebracht werden müssen, die zunächst einmal gar nicht kunstbezogen sind. Denken Sie zum Beispiel nur an das Steuerrecht für die Stiftungen oder beispielsweise an die Frage der kommunalen Infrastruktur für Museen, für Konzerträume, den Denkmalschutz und alle diese Dinge.

(Ministerpräsident Späth)

Deshalb meinen wir, es wäre für das Land gut, wenn einmal übergreifend und ohne Tagesgebundenheit das Konzept „Kunst der Zukunft in Baden-Württemberg“ erarbeitet würde.

Die Abgrenzung ist formell erfolgt. Es gibt ein klares Abgrenzungspapier mit dem Staatsrat und dem Koordinator hinsichtlich der Tätigkeit des Kunstministeriums.

Und jetzt machen wir uns nichts vor: Befangenheit gibt es überall. Wenn zum Beispiel eine Frage der Staatstheater im Kabinett behandelt würde und damit der Befangenheitsfall einträte – wir sind da ja in einer Kooperation mit der Stadt Stuttgart –, würde Herr Gönnerwein als Befangener an dieser Beratung selbstverständlich nicht teilnehmen. Das Thema der Befangenheit habe ich aber bei jedem Minister, bei dem der Landtag eine Ausnahmegenehmigung für die Tätigkeit in einem Aufsichtsrat erteilt hat. Wenn über eine Angelegenheit des betreffenden Unternehmens geredet wird, ist der Minister genauso befangen. Befangenheit gibt es übrigens auch im Parlament. Ich will das nicht vertiefen, aber manchmal nennt man dort Lobby, was man bei uns Befangenheit nennt.

(Abg. Ulrich Lang SPD: Na, na, na!)

Dies alles ist aber nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist: Wir wollen diesen Weg gehen. Wir gehen ihn nicht mit dem Anspruch, daß er der einzig gangbare Weg in dieser Frage sei. Aber alle die, die uns kritisieren, sollten wenigstens im stillen Kämmerlein überlegen, ob sie einen besseren Weg wissen.

Ich meine, die kritische Begleitung dieses Konzepts, auch die öffentliche kritische Begleitung tut dem Konzept gut. Bei so viel Anfangskritik beim Start dieses Projekts ist eigentlich sichergestellt, daß alle Kritiker dieses Projekt aufmerksam beobachten und es kritisch begleiten werden. Und das wollen wir, und zwar mit offenem Ergebnis.

Es könnte aber auch sein, was wir ein bißchen vermuten, weil die anderen Länder sich sehr für diese Konstruktion interessieren, daß es geht wie bei der Forschungspolitik: Zuerst die große Kritik, dann die überschäumende Erklärung, es sei alles dummes Zeug, später das Kopieren der baden-württembergischen Politik und dann das Umschwenken derer, die vorher dagegen waren, indem sie sagen: „Wir wollen es etwas anders, aber in der Richtung stimmt's.“ Ich hoffe, daß wir nach einigen Jahren sagen können, auch hier seien wir einen mutigen neuen Schritt gegangen. Daß ein solcher neuer Schritt kritikfrei erfolgen würde, hat niemand angenommen. Wir erwarten von der Opposition zwar, daß sie einen solchen Schritt kritisch begleitet, aber auch, daß sie darüber nachdenkt, was die Alternativen sind. Wir dürfen uns nicht alle dauernd in den Strukturen von gestern festhaken, wenn wir die Probleme von morgen lösen müssen.

Ich muß immer wieder erkennen, daß uns die fortschrittliche Opposition dann, wenn man bei der Frage einer zukünftigen Konzeption einmal ein paar Formalien in den Hintergrund drängen muß, durch ihre konservative Grundeinstellung große Schwierigkeiten macht.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Erich Schneider: Meine Damen und Herren, zu einer Entgegnung auf die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten hat sich nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung Herr Abg. Dr. Spöri gemeldet.

Abg. Dr. Spöri SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Ministerpräsident hat eben viel gesagt, aber er hat die verfassungsrechtlichen Bedenken des Kollegen Reinelt durch seine Entgegnung nicht entkräften können.

(Abg. Haasis CDU: Der hatte gar keine dargestellt!)

Die Personalentscheidung in diesem Kunstbereich, Herr Ministerpräsident, ist durchaus ein Indiz dafür, daß Sie sich inzwischen relativ abgehoben über zentrale Grundprinzipien unserer demokratischen Gewaltenteilung hinwegsetzen.

(Abg. Teufel und Abg. von Trotha CDU: Welche denn?)

– Ich komme darauf, Herr Teufel. – Niemand bezweifelt im Ernst die künstlerischen Qualitäten von Herrn Gönnerwein, aber, meine Damen und Herren, wie soll ein Staatsrat Gönnerwein sich als Generalintendant selbst kontrollieren? Darauf hat Herr Späth keine plausible Antwort gegeben.

(Beifall bei der SPD)

Wie soll Herr Gönnerwein als Künstler unter Künstlern in dieser neuen Funktion nicht in Interessenkollision kommen? Auch darauf gibt es in der Erklärung des Ministerpräsidenten keine plausible Antwort.

(Abg. von Trotha CDU: Doch! Die Tätigkeit der Opposition!)

– Sie können das nicht so billig vom Tisch wischen.

Wenn Sie wirklich wollen, Herr Ministerpräsident, daß Herr Gönnerwein Ihre Kunstpolitik in diesem Lande macht, dann gehen Sie dafür den korrekten Weg, und praktizieren Sie nicht einen personalpolitischen Huttrick mit dem Staatsrat. Wenn Sie korrekt vorgehen wollen, müssen Sie den offiziellen Weg gehen und Herrn Gönnerwein offiziell zum Kunstminister mit sauber abgegrenzten Ressortkompetenzen ernennen. Dies wäre der Weg, den Sie gehen könnten.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, Ihre Personalentscheidungen mit zusätzlichen Koordinatoren, mit zusätzlichen Staatssekretären, überhaupt die Struktur des gesamten Kabinetts mit Beauftragten sind nicht nur unter dem Gesichtspunkt des Falles Gönnerwein problematisch und aus meiner Sicht ein personalpolitischer Fehlstart. Die Zahl der Staatssekretäre reicht inzwischen übrigens aus, um jeden Zebrastrreifen

(Dr. Spöri)

in Baden-Württemberg durch Regierungsvertreter feierlich der Öffentlichkeit übergeben zu lassen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Das, meine Damen und Herren, ist verfassungspolitisch aber noch nicht bedenklich. Verfassungspolitisch bedenklich ist vielmehr die Tatsache, daß durch die Aufblähung Ihres Kabinetts, Herr Späth, Ihre Regierung inzwischen 30 % der gesamten CDU-Fraktion in diesem Hause stellt und daß dadurch die Kontrollfähigkeit dieser Mehrheitsfraktion gegenüber der Regierung schleichend unterhöhlt wird. Dies ist verfassungspolitisch bedenklich, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN – Abg. Haasis CDU: Zählen Sie sich in diesem Landtag nicht mehr zur Opposition?)

Ich weiß, Sie können es nicht zugeben – ich kenne ja die Spiele –, aber, lieber Kollege Haasis, Sie teilen ja inzwischen, wie ich weiß, unsere Sorge intensiv. Denn warum sonst hätten Sie in Ihrer Fraktion zu dem Instrument gegriffen, geheime Abstimmungen in der Sache durchzuführen? Das ist doch das Indiz dafür, daß Sie genauso wie ich sehen, daß diese Gefahr besteht.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann Ihnen nur sagen: Dieses Verfahren ist kontraproduktiv. Der Schuß wird nach hinten losgehen, meine Damen und Herren. Denn wozu führt eine solche geheime Fraktionsabstimmung in der Sache? Überlegen Sie einmal. Es wird dazu kommen, lieber Herr Ministerpräsident, daß sich in Ihrem Kabinett keines der Kabinettsmitglieder mehr getrauen wird, kritisch zu Ihren Vorlagen Stellung zu nehmen, weil es nicht Gefahr laufen will, später bei der geheimen Fraktionsabstimmung als Dissident angesehen zu werden. Dies ist der Effekt.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU)

So macht man aus Kabinettsmitgliedern, die kritikfähig sein sollen, in diesem neuen Kabinett gefügige Kopfnicker.

Wahr ist, Herr Späth: In diesem neuen Kabinett wird die Kompetenz der Fachminister – das können Sie nicht bestreiten; das war der Inhalt der eben bekanntgegebenen Ministerliste – weiter ausgehöhlt. Mit den Personalentscheidungen, die hier getroffen worden sind, vor allem in bezug auf die Staatssekretäre und den Staatsrat, wird die Regierungsarbeit völlig überzentralisiert. Mußte in der Vergangenheit der Wirtschaftsminister bereits wesentliche Kompetenzen an den Technologiebeauftragten abgeben, kommt es durch die neueste Personalentwicklung jetzt dazu, daß Herr Engler durch die Etablierung eines Staatsrates und eines Koordinators die Kompetenz in der Kunstpolitik weitgehend verliert. Herr Eyrich wird durch die Etablierung des neuen Europa-Staatssekretärs Gundolf

Fleischer – wir haben es eben gehört –, wesentliche Kompetenzen in der Europapolitik aus der Hand geben müssen.

(Abg. Dr. Schwandner GRÜNE: Sie überschätzen den Fleischer! – Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

– Er wird es zumindest probieren. Wir wollen die Arbeit von Herrn Fleischer kritisch begleitend verfolgen, Herr Schwandner. – Meine Damen und Herren, dies ist nicht nur ein persönliches Prestigeproblem der betroffenen Ressortminister, die jetzt Kompetenzen abgeben müssen – ich bin übrigens wirklich beeindruckt, wie die Herren das alles so locker wegstecken, ohne daraus, daß sie kompetenzmäßig so beschnitten werden, irgendwelche persönlichen Konsequenzen zu ziehen –, durch diese Zentralisierungstendenz weg von den Ressorts hinein ins Staatsministerium entsteht auch ein Kompetenzgerangel, und Fachqualifikation von hochbefähigten Beamten in den zuständigen Fachministerien wird in frustrierender Weise brachgelegt. Und das ist schlimm.

Fazit: Herr Ministerpräsident, Sie haben Ihre Regierung aufgebläht, aber diese neue, aufgeblähte Regierung ist keine kompetente personalpolitische Antwort auf die Zukunftsprobleme des Landes Baden-Württemberg, denen wir uns gegenübersehen. Sie haben Ihre personalpolitischen Veränderungen auf das eine Ziel, das im Vordergrund steht, ausgerichtet, nämlich daß Ihre Machtposition in Ihrer Fraktion hier im Hause und in Ihrer Partei gestärkt wird, auch durch die Bestellung von Bezirksfürsten aus der CDU.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Herr Späth, Sie haben am Start in eine neue, schwere Legislaturperiode mit diesem Kabinett, mit dieser Kabinettsstruktur eine große personalpolitische Gestaltungschance vertan.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Zurufe von den GRÜNEN: Sie haben nichts zur Kunst gesagt!)

Präsident Erich Schneider: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Ulrich Goll.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bisher dachte ich – aber das mögen Sie entschuldigen, weil ich ja noch etwas neu hier bin –, daß die Landesregierung die Kunst finanziell unterstützt. Aber es scheint andersherum zu sein: Die Künstler unterstützen die Landesregierung finanziell;

(Vereinzelt Heiterkeit)

denn für diese neue, schöne ehrenamtliche Position von Herrn Gönnerwein muß ja an anderer Stelle die Zeche sehr wohl bezahlt werden, nämlich beim Staatstheater. Dort tun andere seine bisherige Arbeit. Vielleicht muß auch jemand Neues eingestellt werden. Es ist genau diese verdeckte Finanzierung neuer Regierungsämter, die wir im Kern ablehnen.

(Dr. Ulrich Goll)

Deswegen möchten wir den Ministerpräsidenten auffordern, nicht mit einem solchen Kunstgriff seine Regierungsbank zu verlängern und dabei nur scheinbar den Aufwand gering zu halten, denn der Aufwand – ich sagte es – entsteht woanders, es sei denn, Herr Gönnerwein hätte bisher nichts getan. Das wird ihm hier aber niemand unterstellen. Ganz im Gegenteil: Wir finden, daß er als Generalintendant der Württembergischen Staatstheater eine ausgezeichnete Arbeit tut und daß er über hohe fachliche Qualitäten verfügt. Aber diese beiden Funktionen sind eben nicht sinnvoll miteinander vereinbar.

Einmal ist es die Aufgabe „Kunst im Land“. Diese Funktion wird natürlich von uns begrüßt. Wir sind dafür, daß Kunst in das Land getragen wird, auch wenn wir davon im einzelnen ziemlich andere Vorstellungen haben als der Ministerpräsident. Aber wir sind dafür, in Sachen Kunst etwas auf dem Land zu tun, und wir sind auch der Meinung, daß das unter Umständen einmal ein ehrenamtlicher Staatsrat tun könnte. Auch dieser Figur stehen wir nicht völlig ablehnend gegenüber. Aber diese Funktion erfordert auf jeden Fall die Präsenz im Land. Herrn Gönnerweins Aufgabe in Stuttgart erfordert aber seine Präsenz in Stuttgart. Deswegen kommt mir übrigens auch in sachlicher Hinsicht der Plan des Ministerpräsidenten manchmal so vor, wie wenn wir nun zum Beispiel den Bundeskanzler zum Beauftragten für die Rechte der Bundesländer machen würden. Dann brauchte er wohl bald auch einen Stellvertreter in Stuttgart, befristet für zwei Jahre – aber dafür hätten wir vielleicht auch schon jemanden.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Spaß beiseite. Die Konstruktion dieser Ämter hat unserer Meinung nach nur eine Beurteilung verdient, nämlich: undurchsichtig und schief. Wir sind der Meinung, daß man ehrenamtliche Staatsräte durchaus in Ehren halten mag, aber zuerst müssen natürlich die vorhandenen Ministerien mit dem vorhandenen Personal in den Stand gesetzt werden, ihre Aufgaben zu erfüllen. Sie scheinen offenbar nicht in diesem Stand zu sein. Statt dessen bricht die alte Leidenschaft des Ministerpräsidenten schon zu Beginn der Legislaturperiode hervor. Es wird zu schnell zu phantasievollen Um-, Neben-, Überbauten neben der vorhandenen Verwaltung gegriffen. Und das ist eben meist nur die zweitbeste, weil die zu aufwendige Lösung.

Im vorliegenden Fall ist die Lösung nicht nur teuer – trotz der verschleierte Kosten –, sie ist durch diese Doppelfunktion, durch das Zusammenspannen dieser Funktionen, die nicht zueinander passen, auch nicht sachgerecht für die Aufgabenerfüllung. Deswegen lehnen wir diese Lösung im Fall von Herrn Gönnerwein ab.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Erich Schneider: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schwandner.

Abg. Dr. Schwandner GRÜNE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte auf die verfassungsrechtlichen Aspekte nicht weiter eingehen und nur eine Bemerkung zu Ihnen, Herr Späth, machen.

Die „Alters“präsidentin – bei Frau Bühler von Alter zu sprechen, ist uncharmant –

(Vereinzelt Heiterkeit – Beifall des Abg. Dr. Spöri SPD)

hat gestern eine sehr bemerkenswerte Rede gehalten und auch von den Verfassungsmüttern gesprochen. Und Sie, Herr Späth, haben wieder nur von den Verfassungsvätern gesprochen. Die Halbwertszeit des Lerneffekts war offensichtlich bei Ihnen sehr kurz. Schade.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD – Ministerpräsident Späth: Ich bessere mich! – Abg. Haasis CDU: Das war schon einmal sehr wichtig!)

– Herr Haasis!

(Vereinzelt Heiterkeit)

– Schlecht diszipliniert heute. Sonst parieren Sie aufs Wort.

(Abg. Haasis CDU: Wenn man so etwas hört, Mensch!)

Herr Reinelt, Sie haben mir ein Stichwort gegeben, und zwar mit Goethe. Ich wollte auch so anfangen, weil wir in der Fraktion ein bißchen Schwierigkeiten mit dem Thema haben und man da doch zwischen Satire, Spott

(Abg. Haasis CDU: Und Zustimmung!)

– Zustimmung weniger – wählen oder das Thema auch ernsthaft abhandeln kann. Das ist schwierig. Bei dem Stichwort „Goethe“ fällt mir natürlich auch ein, wie das früher an den Fürstenhöfen üblich war. Da gibt es möglicherweise Parallelen oder nicht. Ich fange jetzt einmal mit „nicht“ an, weil das höflicher ist. An den Fürstenhöfen war es gang und gäbe, daß dort Hofräte, Geheime Staatsräte,

(Abg. Dr. Spöri SPD: Hofrat Sacher!)

Staatsräte mit Rockschoßen, Seidensöckchen, Sausemähe und Künstlergestus auf- und abschwirrten und dort natürlich auch als Hofschranzen zur Unterhaltung des Hofstaats oder auch nicht beitragen. Das ist heute, hoffe ich, nicht mehr so.

(Zuruf des Abg. von Trotha CDU)

Bei einem allerdings stimmt die Analogie sicher: Der Späth hat natürlich zu Recht erkannt, welche Bedeutung Kunst- und Kulturpolitik auch im Ausgang dieses Jahrhunderts hat und zunehmend haben wird.

(Abg. Remppel CDU: Das war eine gute Feststellung!)

Das ist ohne jede Frage so. Nur glaube ich, daß man sehr genau hinsehen muß, was es denn mit diesem Freiraum für die Künste, den die Künstler dann so freispielmäßig, jeder nach seinem Können, ausfüllen können, auf sich hat. Be-

(Dr. Schwandner)

steht nicht vielmehr ein anderes Kunstverständnis, nämlich ein zentralistisches Kunst- und Kulturverständnis, daß man versucht, die Kunst, die Kulturpolitik zu instrumentalisieren? Oder einfacher gesagt: Natürlich ist die Staatsgalerie, die ich sehr schätze, auch eine Entscheidungshilfe für Firmen, sich hier anzusiedeln, hat Freizeitwert und, und, und.

Ich befürchte eher, daß Kunst und Kultur hier funktionalisiert und eben nicht diese Freiräume geschaffen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das merkt man, Herr Späth, auch daran, wenn man genau hinhört – am Anfang der Legislaturperiode kann man das ja noch –, wie Sie sprachlich formulieren. Sie sprechen nämlich bezeichnenderweise von „einem Vertreter der Kunst“. Da habe ich schon Schwierigkeiten. Es gibt viele Künstler, es gibt viele Kunstrichtungen. Wollen Sie mehr Pop-art, mehr Landschaftsmalerei oder was auch immer?

(Abg. Teufel CDU: Mehr Staatsräte!)

Ich glaube, das geht gar nicht.

Herr Gönnerwein, Sie haben ohne jeden Zweifel künstlerische Verdienste, und keiner von uns, insbesondere ich nicht hier von dieser Stelle, würde das in Abrede stellen. Aber eines sind Sie natürlich sicher nicht: eine Art Gesamtkunstwerk.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Deswegen können Sie natürlich auch nicht alles dieses re-präsentieren, sondern nur einen bestimmten Teil.

Wir haben in unserer Fraktion natürlich auch Schwierigkeiten, wenn Sie in Ihrer Funktion als Generalintendant gleichzeitig Staatsrat sind, und zwar deswegen – Herr Goll hat das ein bißchen angesprochen –: Ich frage mich, welche Freizeitprobleme Sie haben, das heißt, wie anstrengend Ihr Job als Generalintendant ist. Ich unterstelle zuerst einmal – und glaube dies auch –, daß der Job Sie voll ausfüllt, daß das ein anstrengender Beruf ist. Ich wüßte nicht, wann man dann noch Zeit haben soll, ehrenamtlich in der Regierung mitzumischen. Das halte ich für sehr, sehr problematisch. Ob das jetzt noch ein paar Mark mehr kostet oder nicht, spielt bei dieser Landesregierung und ihrem Verhältnis zum Geld nur eine geringe Rolle.

(Vereinzelt Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Ich glaube, Herr Gönnerwein, Sie müßten sich in der Tat, obwohl Sie kein klassischer Doppelverdiener in diesem Sinne wären, entscheiden, welche der beiden Funktionen Sie ausüben wollen.

Noch ein letzter Aspekt. Ich glaube, daß durch die Berufung eines Künstlers in eine Regierung etwas passiert, was der Kunst nie passieren darf. Kunst ist – zumindest nach meinem Verständnis – immer bürokratiekritisch, immer herrschaftskritisch. Das heißt, Kunst, wenn sie überhaupt etwas taugt, löckt immer gegen herrschaftlichen Stachel. Wenn Kunst aber, wie auch immer, in eine Regierung ein-

gebunden wird, dann muß Kunst zwangsläufig zu Staatskunst verkommen. Was dies bedeutet, können wir aus historischen Beispielen sehen, wir können es aber auch an gegenwärtigen Beispielen sehen. Ich glaube, daß der Kunst in unserem Lande mit der Berufung eines aktiven Künstlers in diese Landesregierung kein guter Dienst erwiesen worden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Präsident Erich Schneider: Das Wort erteile ich Herrn Abg. von Trotha.

(Zuruf von der SPD)

Abg. von Trotha CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Sehr geehrte Herren! Es war bisher guter, ständiger Brauch dieses Hauses, in Respekt vor der Exekutive die Bestätigung der Regierung nicht zum Gegenstand streitiger Diskussionen zu machen.

(Lachen des Abg. Ulrich Maurer SPD – Abg. Ulrich Maurer SPD: Das zeigt Ihr Parlamentsverständnis! – Zurufe der Abg. Schlauch und Bütikofer GRÜNE)

Heute verfahren wir anders. Obwohl ich Ihnen sehr aufmerksam zugehört habe, kann ich nichts finden, was diesen Stilbruch rechtfertigt.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Stilbruch ist ein Superargument! – Zuruf des Abg. Schlauch GRÜNE)

Erlauben Sie mir eine zweite Vorbemerkung. Herr Reinelt, wenn Sie an der Regierungsbildung nur die Ernennung von Herrn Gönnerwein beanstanden, dann offenbart dies einen hohen Respekt vor den Mitgliedern dieser Regierung und ihren Leistungen. Dafür möchte ich mich bedanken.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD und des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Worum geht es? Sie haben einen relativ simplen Tatbestand verkompliziert. Der Ministerpräsident beruft die Regierungsmitglieder. Regierungsmitglied kann auch ein Staatsrat sein. Da ein Staatsrat ehrenamtlich tätig ist, darf er im Gegensatz zu den übrigen Mitgliedern der Regierung einen sonstigen Beruf ausüben. Weder die Landesverfassung noch das Ministergesetz enthalten Ernennungshindernisse oder einschlägige Inkompatibilitäten, so daß die rechtliche Seite, Herr Reinelt und Herr Spöri, außer Streit steht. Da kann Ihnen auch Herr Schlauch nicht weiterhelfen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Sie haben zwar verfassungsrechtliche Bedenken behauptet, aber leider nicht in nachvollziehbarer Weise dargetan. Herr Spöri, natürlich kann man die Konstruktion des Staatsrats ablehnen. Das steht Ihnen zu. Ich habe aber eher den Eindruck, daß Sie die Konstruktion noch gar nicht verstanden haben. Während Sie hier gegen die Berufung

(von Trotha)

von Herrn Gönnewein zu Felde ziehen, hat die Kunstszene längst erkannt, welche Chancen sich durch die Favorisierung der Kunstpolitik innerhalb der Landesregierung für sie eröffnen.

(Zurufe der Abg. Dr. Spöri SPD und Schlauch GRÜNE)

Künstler und Literaten, die der SPD angehören oder ihr nahestehen, wie Sie wissen,

(Abg. Dr. Spöri SPD: Die sind auch gut gefördert!)

haben die Entscheidung des Ministerpräsidenten als „bahnbrechend“ für die Bundesrepublik und als Akt der Liberalität gewürdigt.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Das ist kein inhaltliches Argument! – Abg. Haasis CDU: Jetzt hört doch einmal zu! – Zuruf des Abg. Birzele SPD)

– Sonst hören Sie doch auch auf Herrn Jens.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Das Theaterhaus wird gut finanziert!)

In der Tat werden mit der Ernennung von Herrn Gönnewein sein unkonventionelles Denken, seine Fähigkeiten, seine Kenntnisse und seine Erfahrungen nutzbar gemacht. Kunst und Kultur haben damit in ihrer ressortübergreifenden Bedeutung eine originelle und experimentelle Einbeziehung erfahren. In der Konsequenz dieser Entscheidung liegt es, daß die Planung für die Theaterakademie, für die Künstlerakademie und auch der Kulturmeile nun von dem neu eingesetzten Kunstbeauftragten mitgestaltet wird. Alle genannten Aufgaben sind von ressortübergreifender Bedeutung, so daß es sinnvoll erscheint, sie in einer zentralen Stelle zu bündeln. Die Aufgaben sind zeitlich befristet, der Ministerpräsident hat es noch einmal wiederholt, so daß bereits feststeht, daß die vom Ministerpräsidenten vorgeschlagene Lösung Übergangscharakter haben wird.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Sobald die neue Kunstkonzeption auf den Weg gebracht ist, werden wir überlegen müssen, welche Konsequenzen hieraus für die Kunstförderung und die Kunstadministration auf Dauer zu ziehen sein werden.

Daß Sie die Regierung bei einer guten Idee nicht einfach loben wollen, kann ich verstehen. Die Entscheidung aber als Vereinnahmung der Kunst durch die Politik anzusehen ist die Sichtweise eines Statisten unserer kulturpolitischen Landschaft.

(Beifall bei der CDU)

Dabei scheint Sie noch nicht einmal zu irritieren, daß so sensible Beobachter unseres Kulturlebens wie Walter Jens

(Abg. Dr. Spöri SPD: Jetzt plötzlich! – Abg. Ulrich Maurer SPD: Ist das schön!)

– ich schätze ihn; warum denn nicht? – und Hermann Glaser – der ist zwar in diesen Fragen komplizierter zu verstehen als Walter Jens, aber ich schätze ihn auch – diese Befürchtung nicht teilen.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Wie haben Sie diese Leute früher denunziert! – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

– Ich habe Sie leider nicht verstanden. Herr Kretschmann, wer nicht einmal in der Lage ist, einen Landesvorstand zusammenzubringen, der ist wahrscheinlich bei Fragen der Regierungsbildung grundsätzlich überfordert.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg. Dr. Spöri SPD sowie Birgitt Bender und Bütikofer GRÜNE – Abg. Haasis CDU: Bei anderen kann man das immer besser bestimmen! – Unruhe)

Warum sind die Befürchtungen abwegig?

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Zum ersten wegen der anerkannten und auch von niemandem in diesem Haus bestrittenen Integrität, des Ansehens und der Kompetenz von Herrn Gönnewein, der Loyalität seiner Kunst und seinen Kollegen gegenüber.

Zum zweiten: Der Staatsrat Gönnewein ist diesem Haus gegenüber für seine Tätigkeit verantwortlich. Sollte es je Grund zur Kritik geben, so ist es unsere, vor allem aber natürlich Ihre Aufgabe, dies zum Ausdruck zu bringen.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Das wird ein Flop wie bei dem Mediengesetz, Herr von Trotha! Das haben Sie schon einmal in den Sand gesetzt! – Zuruf des Abg. Schlauch GRÜNE)

Ihre Aufgabe ist nicht das Regieren, Herr Spöri – erinnern Sie sich an das Wahlergebnis –, sondern die Kontrolle. Hier können Sie sich bewähren.

(Beifall bei der CDU)

Darum, meine Damen und Herren von der Opposition, gönnen Sie der Kultur- und Kunstförderung den direkten Zugang zum Kabinetttisch, und gießen Sie kein Wasser in einen Wein, der Ihnen, wenn man Ihren sonstigen Bekundungen glauben darf, eines Tages möglicherweise sehr bekömmlich ist. Wir wünschen jedenfalls Herrn Staatsrat Gönnewein vollen Erfolg.

(Abg. Dr. Spöri SPD: Er wird so mystisch heute!)

Wir vertrauen der Regierung Lothar Späth, und dies aus gutem Grund. Denn schon bisher hat uns ihr Erfolg noch immer recht gegeben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Spöri SPD: Der wird wahrscheinlich Staatssekretär! – Abg. Ulrich Maurer SPD: Werden Sie jetzt auch nächstens Staatssekretär? – Abg. Dr. Spöri SPD: 1990!)

Präsident Erich Schneider: Meine Damen und Herren! Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Debatte ist abgeschlossen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer den Anträgen des Herrn Ministerpräsidenten zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Das erste war die Mehrheit. Die Landesregierung ist damit bestätigt, und den Herren Staatssekretären Ruder, Wabro und Baumhauer sowie Herrn Staatsrat Gönnenwein ist gemäß Artikel 45 Abs. 2 Satz 4 der Landesverfassung Stimmrecht in der Regierung verliehen.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Vereidigung der Mitglieder der Landesregierung

Meine Damen und Herren! Nach Artikel 48 der Landesverfassung leisten die Mitglieder der Regierung beim Amtsantritt den Amtseid vor dem Landtag. Der Amtseid hat folgenden Wortlaut:

Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, Verfassung und Recht wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden.

Frau Minister, meine Herren Minister, meine Herren Staatssekretäre und Herr Staatsrat, ich bitte Sie, nacheinander in der Reihenfolge, in der ich Sie aufrufe, zu mir auf das Podium zu treten, die rechte Hand zu erheben und die Worte zu sprechen: „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.“

(Die Anwesenden erheben sich.)

Ich bitte zunächst den Herrn Minister für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Dr. Gerhard Weiser.

Minister für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Weiser: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Erich Schneider: Ich bitte Herrn Innenminister Dietmar Schlee.

Innenminister Schlee: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Erich Schneider: Ich bitte nun den Herrn Minister für Kultus und Sport Gerhard Mayer-Vorfelder.

Minister für Kultus und Sport Mayer-Vorfelder: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Erich Schneider: Ich bitte jetzt den Herrn Minister für Wissenschaft und Kunst Professor Dr. Helmut Engler.

Minister für Wissenschaft und Kunst Dr. Engler: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Erich Schneider: Ich bitte den Herrn Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten Dr. Heinz Eyrich.

Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten Dr. Eyrich: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Erich Schneider: Ich bitte den Herrn Finanzminister Dr. Guntram Palm.

Finanzminister Dr. Palm: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Erich Schneider: Ich bitte den Herrn Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Martin Herzog.

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Herzog: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Erich Schneider: Ich bitte die Frau Minister für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung Barbara Schäfer.

Minister für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung Barbara Schäfer: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Erich Schneider: Ich bitte den Herrn Minister für Umwelt Dr. Erwin Vetter.

Minister für Umwelt Dr. Vetter: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Erich Schneider: Ich bitte den Staatssekretär im Innenministerium Robert Ruder.

Staatssekretär Ruder: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Erich Schneider: Ich bitte den Herrn Staatssekretär im Ministerium für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten Gustav Wabro.

Staatssekretär Wabro: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Erich Schneider: Ich bitte den Herrn Staatssekretär im Ministerium für Umwelt Werner Baumhauer.

Staatssekretär Baumhauer: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Erich Schneider: Ich bitte den Herrn Staatsrat für Kunst Professor Wolfgang Gönnenwein.

Staatsrat Gönnenwein: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Erich Schneider: Ich gratuliere Ihnen, Frau Minister, meine Herren Minister und Staatssekretäre und Herr Staatsrat, sehr herzlich und wünsche Ihnen in Ihrem Amt alles Gute und viel Erfolg.

(Beifall bei der CDU – Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Meine Damen und Herren! Die nächste Plenarsitzung findet morgen, Donnerstag, den 9. Juni 1988, 10.00 Uhr statt.

Einzigster Tagesordnungspunkt ist die Entgegennahme der Regierungserklärung.

Nachmittags um 13.30 Uhr findet eine weitere Plenarsitzung mit allgemeinem Beratungsstoff statt. Die Tagesordnung liegt Ihnen vor.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluß: 13.03 Uhr